



Generationen- gerechtigkeit

Klimaschutz ist Freiheitsschutz

Rupprecht Podszun

Prof. Dr. Rupprecht Podszun ist Inhaber des Lehrstuhls für Bürgerliches Recht, deutsches und europäisches Wettbewerbsrecht sowie Direktor des Instituts für Kartellrecht an der Heinrich-Heine-Universität Düsseldorf.

Der Klimaschutz duldet keinen Aufschub mehr. Alles steht auf dem Spiel. Doch in Parlamenten, Regierungen und Behörden geht es quälend langsam voran. Die Erwartung, in der Klimapolitik endlich etwas zu bewegen, richtet sich inzwischen auf einen Berufsstand, an den man beim Stichwort »Hoffnungsträger« eigentlich nicht unbedingt denkt: Jurist*innen. Ausgerechnet die?

Kommt eine neue Idee auf, findet sich doch immer rasch ein juristisch geschulter Bedenken-träger, der trefflich argumentieren kann, warum das nicht geht. Wegen Datenschutz. Oder wegen Brandschutz. Oder wegen eines sonstigen Paragraphen. Dennoch pinseln Fridays-for-future-Kids »Climate Justice« auf ihre Plakate. Sie meinen damit nicht nur den großen Wert der Gerechtigkeit. Viele Aktivist*innen und Umweltverbände hoffen, dass die Klimaziele gerichtlich durchgesetzt werden können.

Tatsächlich werden die Gerichte inzwischen häufig angerufen, wenn es um den Klimaschutz geht. Bis zum Jahr 2021 waren das Einzelfälle. Ein Grundsatzurteil fällt das Bundesverfassungsgericht am 29. April 2021. Es entschied, dass die Politik deutlich mehr tun müsse, um die CO₂-Emissionen zu verringern und die Klimaziele zu erreichen. Die bestechende juristische Argumentation: Wer jetzt konkrete Schritte auf die lange Bank schiebt, zwingt der nächsten Generation ein Leben unter dem Klimaschutzdiktat auf. Klimaschutz ist Freiheitsschutz! In vornehmer Zurückhaltung, aber mit Bestimmtheit in der Sache hat der Erste Senat in Karlsruhe es dem Bundestag überlassen, die Konsequenzen zu ziehen.

Dass die Justiz zur Hilfe gerufen wird, um das Klima zu retten, deutet vor allem auf das Versagen der eigentlich Zuständigen hin. Regierungen und Parlamenten gelingt es nicht in ausreichendem Maße, die planetaren Grenzen zu schützen. Sie agieren in einem politischen System, das die Interessen künftiger Generationen nicht genügend berücksichtigt.

Zum einen hat das historische Gründe: Die demokratischen Institutionen und Verfahren stammen aus einer Zeit, die dem Hier und Jetzt verpflichtet war. Dass das Leben heute Kosten in der Zukunft verursacht, wurde vor Jahrzehnten nicht gesehen. Zum anderen ein praktischer Grund: Künftige Generationen wählen und spenden heute nicht. Ihre Interessen sind aus Sicht von Parteien und Politikern, die von Wählerstimmen und Parteispenden leben, daher eher zweitrangig.

Um mehr Generationengerechtigkeit zu erreichen, müssen die Institutionen zukunftsorientiert umgebaut werden. Für den Erfolg braucht es auch eine gute Verwaltung. In Deutschland sind den Beschäftigten im öffentlichen Dienst jedoch häufig enge Grenzen gesetzt. Sie sind an Weisungen gebunden, die auf Haftungsvermeidung abzielen. Hauptsache, niemand kann hinterher den Akteuren einen Vorwurf machen! So muss man sich auch den administrierten Klimaschutz vorstellen – als bürokratische Pflicht, mit strengen Messungen, Formularen und Gegenzeichnung. Alles wird ordnungsgemäß dokumentiert, abgestempelt und gefaxt. Denn eigenständiges Handeln könnte zu Fehlern führen, Haftungsfälle und Kosten verursachen, für die niemand die Verantwortung übernehmen will.

Wo die Beschäftigten in der Verwaltung hingegen Handlungsspielräume haben, da können sie kraftvoll entscheiden. Es ist kein Zufall, dass etwa die Gerichte, die Bundesbank oder das Bundeskartellamt besonders hohes Vertrauen in der Bevölkerung genießen. Die klugen Köpfe in diesen Institutionen arbeiten frei von Weisungen. Sie sind unabhängig im Status, weitgehend freigestellt von der Haftung bei Fehlern und sie sind gezwungen zu entscheiden.

Weder ist die deutsche Justiz ein Musterbeispiel für Kreativität und Handlungsstärke, noch ist sie es, die allein die Klimakatastrophe abwenden könnte. Sie liefert aber eine Folie dafür, dass auch im Rahmen öffentlicher Aufgabenwahrnehmung nicht alles auf Hierarchie

Recht als Hebel für eine klimaneutrale Zukunft – kreative Jurist*innen kriegen das hin.

und Stromlinienförmigkeit angelegt sein muss. Jurist*innen können etwas bewirken, wenn geeignete Rahmenbedingungen sie dazu motivieren. Wo es Freiräume gibt für aktives Handeln und kreative Ideen statt überkommener Amtstätigkeiten, kann auch der Klimaschutz vorangebracht werden.

Vielleicht ist das der wichtigste Impuls für den Schutz des Planeten: Mehr Kreativität zulassen! Institutionen, in denen verkrustete Strukturen aufgebrochen, neue Möglichkeiten ausprobiert, Fragen im Wettstreit gelöst werden. Wenn alles auf dem Spiel steht, so wie jetzt, hilft nur noch ein wirklich mutiges Vorgehen.

